

Green Deal 2050 vs. Covid-19

*Organisator*innen: Vincent Gengnagel, Sebastian Büttner, Katharina Zimmermann*

Im Dezember 2019, nach einem Jahr globaler Fridays-for-Future Proteste, angespannter politischer Debatten über den Klimawandel und einem viel beachteten, aber letztlich relativ zahnlosen Klimagipfel in Madrid, stellte die Europäische Kommission ihre Pläne für einen "European Green Deal" (EGD) vor – eine neue politische Strategie mit dem Ziel

“. . . to transform the EU into a fair and prosperous society, with a modern, resource-efficient and competitive economy where there are no net emissions of greenhouse gases in 2050 and where economic growth is decoupled from resource use“.

In den Worten von Ursula von der Leyen, der Präsidentin der Europäischen Kommission, handelt es sich um nichts Geringeres als einen historischen Schritt für die Menschheit: Bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu sein, sei Europas „Man-on-the-Moon-moment“. Doch während die ehrgeizige Sprache des „symbolic commitment“ der EU (Baker 2007) ein universelles Ziel beschwört – Europa zum Wohle der Menschheit zu vereinen – mobilisiert sie gleichzeitig gesellschaftliche Bereiche, die spezifische und potenziell widersprüchliche Interessen gegenüber ökosozialen Transformationen haben, die für einige eine grüne Zukunft versprechen, für andere aber eine existenzielle Bedrohung darstellen.

Die aktuelle COVID-19-Krise verschärft diese Spannungen weiter: Angesichts massiver Erschütterungen in vielen Wirtschaftssektoren und einer drohenden weltweiten Rezession scheint dieser „giant leap for mankind“ bereits wieder in Gefahr zu sein. Einerseits stellt die Pandemie eine Katastrophe dar, in der die Leistungsfähigkeit einer europäischen Solidarität besonders herausgestellt werden kann, da die Mitgliedstaaten auf die europäischen Covid-19-Mittel angewiesen sind. Andererseits werden nun Mittel, die zuvor für einen sozialverträglichen Umbau nicht-regenerativer Sektoren vorgesehen waren benötigt, um die durch die Pandemie verursachten bisher absehbaren Disruptionen aufzufangen.

Während der britische Soziologe William Davies noch im April 2020 konstatierte „We are all Durkheimians now“, ist zum Jahreswechsel 2020/21 offensichtlich, dass diese Problem-beschreibung nicht von allen geteilt wird: ein breites Spektrum von Rechtspopulismus, Anti-Kosmopolitismus und Wissenschaftsleugnung hält in einigen europäischen Ländern sogar politische Mehrheiten, hat aber auch in anderen Ländern lautstarke Minderheiten, die den politischen Diskurs verschieben. Damit wird nicht nur das politische Establishment die jeweiligen Länder angegriffen, sondern auch direkt die politische Legitimation der EU infrage gestellt.

Das geplante Panel soll vor diesem Hintergrund verschiedene gesellschaftstheoretische und kultursoziologische Beobachtungen zum europäischen Spannungsverhältnis einer grünen Transformation einerseits und der Coronakrise andererseits zur Sprache bringen. Empirische Untersuchungen zur aktuellen Krisendynamik sind ebenso willkommen wie theoretisch-konzeptionelle Beiträge. Die Europasektion der DGS verfügt über keine „Geschwistersektion“ in der ÖGS und freut sich insbesondere über Beitragsvorschläge und Kooperationspartner*innen aus Österreich.

Deadline zur Einreichung von Abstracts: 31.03.2021

Einreichung unter: vincent.gengnagel@uni-flensburg.de

Nähere Informationen: <https://kongress2021.sozilogie.de/aktuelles>